
**Zusammenfassendes Dokument
für die Zulassung von 500.000 Aktien der SPOBAG
Aktiengesellschaft zum regulierten Markt
der Börse Frankfurt
gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 8 d) und f) WpPG**

**SPOBAG Aktiengesellschaft
Düsseldorf**

ISIN: DE0005490601

WKN: 549060

Börsenkürzel: SBE

Wichtiger Hinweis

Die nachfolgende Darstellung ist ein Zusammenfassendes Dokument und wurde allein für die prospektfreie Zulassung gem. § 4 Abs. 2 Nr. 8 Wertpapierprospektgesetz (nachfolgend auch „WpPG“) des gesamten ausgegebenen Aktienkapitals der SPOBAG AG, Königsallee 63-65, D-40215 Düsseldorf (nachfolgend auch die „**Gesellschaft**“), bestehend aus 500.000 auf den Inhaber lautenden Stückaktien ohne Nennbetrag (nachfolgend auch die „**Aktien**“) zum Regu- lierten Markt der Frankfurter Wertpapierbörse (General Standard) zusammengestellt.

Dieses Dokument (nachfolgend auch das „**Zusammenfassende Dokument**“) stellt keinen Wertpapierprospekt im Sinne des § 3 Abs. 3 WpPG dar. Das Zusammenfassende Dokument fasst lediglich die wesentlichen Informationen und Risiken betreffend die Gesellschaft und die Aktien zusammen. Das Zusammenfassende Dokument sollte daher unter Berücksichtigung der weiteren unter Punkt 3. „Angaben nach § 4 Abs. 2 Nr. 8 f) WpPG“ angeführten Unterlagen sowie jeder von der Gesellschaft aufgrund der Zulassung ihrer Aktien an einem organisierten Markt anderweitig veröffentlichten Informationen gelesen werden (solche Dokumente und In- formationen nachfolgend auch die „**Veröffentlichten Informationen**“).

Im Zusammenhang mit der Zulassung der Aktien zum Handel im Regulierten Markt (General Standard) werden von der Gesellschaft keine Aktien an Anleger angeboten. Anlegern wird empfohlen, vor der Entscheidung über den Kauf von Aktien im Börsenhandel sich umfassend über die Gesellschaft und ihre finanzielle Lage zu informieren. Insbesondere wird empfohlen, die aktuellen Finanzberichte und Pressemitteilungen sowie das Zusammenfassende Doku- ment, hier vor allem die unter „3. Angaben nach § 4 Abs. 2 Nr. 8 f) WpPG“ beschriebenen Ri- siken, aufmerksam zu lesen und diese Informationen bei ihrer Entscheidung zu berücksichti- gen.

Die Gesellschaft kann nur in Anspruch genommen werden, wenn die in dem Zusammenfas- senden Dokument enthaltenen Angaben unter Berücksichtigung der Veröffentlichten Informa- tionen in wesentlicher Hinsicht unrichtig, irreführend oder widersprüchlich sind.

Für den Fall, dass vor Gericht Ansprüche aufgrund der in dem Zusammenfassenden Doku- ment enthaltenen Angaben geltend gemacht werden, könnte der als Kläger auftretende Anle- ger in Anwendung einzelstaatlicher Vorschriften der Staaten des Europäischen Wirtschafts- raums die Kosten für die Übersetzung des Zusammenfassenden Dokuments vor Prozessbe- ginn zu tragen haben.



Das Zusammenfassende Dokument enthält bestimmte in Zukunft gerichtete Aussagen, die sich nicht auf historische Tatsachen und Ereignisse beziehen. Solche in Zukunft gerichtete Aussagen enthalten Risiken, Ungewissheiten und andere Faktoren, welche dazu führen können, dass die tatsächlich zukünftigen Ereignisse, die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Gesellschaft, die Entwicklung oder die Leistung der Gesellschaft oder ihrer konzernverbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen oder der relevanten Branchen, in denen diese aktiv sind, wesentlich von denjenigen abweicht oder negativer ausfallen als diejenigen, die in diese Aussagen ausdrücklich oder implizit aufgenommen oder beschrieben werden. Die in Zukunft gerichteten Aussagen beruhen auf den gegenwärtigen, nach bestem Wissen der Gesellschaft vorgenommenen Einschätzungen der Gesellschaft. Diese Einschätzungen können sich als fehlerhaft erweisen, was dazu führen kann, dass eine zukunftsgerichtete Aussage unzutreffend wird. Im Übrigen wird darauf hingewiesen, dass die Gesellschaft nicht die Verpflichtung übernimmt, über ihre gesetzliche Verpflichtung hinaus derartige in Zukunft gerichtete Aussagen fortzuschreiben oder an zukünftige Ereignisse oder Entwicklungen anzupassen.

Das Zusammenfassende Dokument, der Unternehmensbericht vom 1. Januar 2001 sowie weitere Informationen i.S.d. § 4 Abs. 2 Nr. 8 f) WpPG sind auf der Homepage der SPOBAG AG zu finden unter www.spobag-ag.de.



INHALTSVERZEICHNIS:

1. Verantwortung für das Zusammenfassende Dokument.....	5
2. Angaben zur Gesellschaft, rechtliche Verhältnisse.....	5
2.1 Firma, Registergericht, Gründung, Dauer und Geschäftsjahr	5
2.2. Sitz, Rechtsform, Anschrift, Rechtsordnung.....	5
2.3 Satzungsmäßiger Gegenstand der Gesellschaft.....	5
2.4 Angaben über die Wertpapiere.....	6
2.5 Börsennotierung	6
3. Angaben nach § 4 Abs. 2 Nr. 8 f) WpPG	7
3.1 Schlüsselinformationen	7
3.1.1. Risiken und wesentlichen Merkmale der Gesellschaft	7
3.1.2. Risiken, die den Wertpapieren eigen sind	7
3.1.3. Anlegerrechte im Zusammenhang mit Wertpapieren.....	9
3.1.4. Allgemeine Bedingung und Kosten der Zulassung i.S.d. § 5 Abs. 2a Nr. 3 WpPG....	9
3.1.5. Einzelheiten der Zulassung zum Handel	10
3.1.6. Gründe für die Zulassung und Verwendung der Erlöse i.S.d § 5 Abs. 2a Nr. 5 WpPG	10
3.2. Finanzinformationen.....	10
4. Organe	11
5. Überblick über die Geschäftstätigkeit	11
6. Angaben über das Kapital der Gesellschaft.....	11
6.1 Grundkapital	11
6.2 Genehmigtes Kapital	12
6.3 Bedingtes Kapital	12
7. Aktionärsstruktur	12
8. Finanzinformationen der Gesellschaft.....	13
8.1 Ausgewählte Finanzinformationen aus den Jahresabschlüssen	13
8.1.1. Geschäftsjahr 2014	13
8.1.2. Erste Hälfte des Geschäftsjahres 2015	13
8.2 Abschlussprüfer.....	15
9. Jüngste Geschäftsentwicklung und Geschäftsaussichten.....	16

1. Verantwortung für das Zusammenfassende Dokument

Die SPOBAG Aktiengesellschaft, Düsseldorf, übernimmt die Verantwortung für den Inhalt dieses Zusammenfassenden Dokuments. Ich bestätige, dass meines Wissens die Angaben richtig sind und keine wesentlichen Umstände ausgelassen wurden.

2. Angaben zur Gesellschaft, rechtliche Verhältnisse

2.1 Firma, Registergericht, Gründung, Dauer und Geschäftsjahr

Die Gesellschaft ist mit einem ursprünglichen Grundkapital von EUR 409.200 entstanden durch Umwandlung der im Handelsregister des Amtsgerichts Düsseldorf unter HRB 25817 eingetragenen SPOBAG-Service- und Handels-GmbH. Am 23. Februar 2000 erfolgte die Eintragung der Gesellschaft im Handelsregister des Amtsgerichts Düsseldorf unter HRB 38644. Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 2. Mai 2000, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Düsseldorf am 7. September 2000, wurde das Grundkapital um EUR 90.800 auf EUR 500.000 erhöht. Die Dauer der Gesellschaft ist unbeschränkt. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

2.2. Sitz, Rechtsform, Anschrift, Rechtsordnung

Der Sitz der Gesellschaft ist Düsseldorf. Die Geschäftsanschrift lautet:

Königsallee 63-65,
40215 Düsseldorf
(Telefax: +49 (0)69 788 088 06 88,
E-Mail: vorstand@spobag-ag.de).

Die Gesellschaft ist eine deutsche Aktiengesellschaft, kurz AG.

Maßgebliche Rechtsordnung für die Gesellschaft ist das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

2.3 Satzungsmäßiger Gegenstand der Gesellschaft

Der eingetragene Unternehmensgegenstand der Gesellschaft besteht in (a) der Verwaltung eigenen Vermögens, (b) dem Vertrieb von Erzeugnissen, Ersatzteilen und Komponenten auf dem Gebiet des Freizeitsektors, (c) dem Angebot von Dienstleistungen für Installation, Reparatur und Wartung von Geräten aus dem



Freizeitsektor, (d) dem Betrieb von Lagern und Reparaturwerkstätten zur Durchführung von (b) und (c). Der Unternehmensgegenstand der Gesellschaft sieht vor, dass die Gesellschaft keine Bankgeschäfte im Sinne des § 1 KWG betreiben darf.

2.4 Angaben über die Wertpapiere

Alle Aktien der Gesellschaft sind auf den Inhaber lautende Stückaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien). Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt EUR 500.000 und ist in 500.000 Stückaktien im rechnerischen Wert von je 1 Euro eingeteilt. Die Aktien sind in mehreren Globalurkunden verbrieft und bei der Clearstream Banking AG, Frankfurt/Main, hinterlegt. Die Wertpapiere der Gesellschaft sind in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Regelungen frei übertragbar.

Jede Aktie der Gesellschaft gewährt eine Stimme. Unterschiedliche Stimmrechte bestehen bei der Gesellschaft nicht.

Zahlstelle ist die Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG, Neuer Jungfernstieg 20, 20354 Hamburg. Verwahrstelle ist die Clearstream Banking AG, Neue Börsenstraße 1, 60487 Frankfurt/Main.

2.5 Börsennotierung

Die Aufnahme der Börsennotierung erfolgte am 31. Juli 2001. Derzeit werden die Aktien der Gesellschaft im regulierten Markt an der Düsseldorfer Wertpapierbörse gehandelt. Sämtliche Aktien der Gesellschaft sind unter der ISIN DE0005490601 / WKN 549060 zum Börsenhandel am Regulierten Markt an der Börse Düsseldorf zugelassen.



3. Angaben nach § 4 Abs. 2 Nr. 8 f) WpPG

3.1 Schlüsselinformationen

3.1.1. Risiken und wesentlichen Merkmale der Gesellschaft

Es sind derzeit keine Risiken besonderer Art erkennbar.

Zurzeit findet keine operative Geschäftstätigkeit statt. Die Gesellschaft beabsichtigt aber, die operative Geschäftstätigkeit baldmöglichst wieder aufzunehmen. Es gibt somit derzeit keine wesentlichen Ereignisse und Geschäfte, die Auswirkungen auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft haben könnten. Ein Risiko besteht lediglich darin, dass aufgrund der fehlenden operativen Geschäftstätigkeit keine Umsätze erzielt werden und infolgedessen Verluste aufgrund der laufenden internen Verwaltungskosten verzeichnet werden. Diese internen Verwaltungskosten der Gesellschaft bewegen sich allerdings auf sehr niedrigem Niveau. Die Mehrheitsaktionärin beabsichtigt, soweit zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs erforderlich, liquide Mittel durch die Gewährung von Gesellschafterdarlehen an die Gesellschaft zur Verfügung zu stellen. Die Mehrheitsaktionärin wird die Gesellschaft, soweit dies insbesondere gesellschafts-, wettbewerbs- und wertpapierrechtlich zulässig ist, begleiten. Hierzu beabsichtigt die Mehrheitsaktionärin eine konstruktive Zusammenarbeit mit den Organen der Gesellschaft. Sofern erforderlich, beabsichtigt die Mehrheitsaktionärin, die Gesellschaft beispielsweise über Kapitalmaßnahmen zu unterstützen.

Eine Bestandsgefährdung ist daher derzeit nicht ersichtlich.

3.1.2. Risiken, die den Wertpapieren eigen sind

Es besteht keine Gewähr dafür, dass ein aktiver Handel für die Aktien der Gesellschaft an einer Börse besteht oder auf Dauer bestehen bleibt. Die Aktien könnten aufgrund fehlender Liquidität nur schwer oder nur zu niedrigen Preisen an Dritte veräußerbar sein.

Für die Aktionäre besteht bei Durchführung einer Kapitalerhöhung das Risiko einer künftigen Verwässerung ihrer Beteiligung an der Gesellschaft. Dies gilt insbesondere, wenn die Kapitalerhöhung unter Ausschluss des Bezugsrechts erfolgt.

Es bestehen Kursrisiken aufgrund künftiger Aktienverkäufe.



Es bestehen Risiken im Zusammenhang mit der Volatilität des Aktienkurses. Ein zukünftiger Bilanzgewinn könnte aufgrund einer Ausschüttungssperre teilweise nicht für eine Ausschüttung an die Aktionäre zur Verfügung stehen.

Dividendenzahlungen könnten aus regulatorischen Gründen entfallen oder ausgeschlossen werden oder aufgrund von Ausschüttungen auf bestimmte regulatorische Eigenmittelinstrumente geschmälert werden oder entfallen.

Der Vorstand der Gesellschaft kann jederzeit den Widerruf der Zulassung der Aktien der Gesellschaft zum Handel im regulierten Markt an der Börse Frankfurt beantragen (sogenanntes echtes Delisting). Ein solcher Widerruf der Zulassung erfordert gemäß § 39 Abs. 2 Nr. 1, Abs. 3 BörsG, dass die Gesellschaft bei Antragstellung auf Widerruf eine Unterlage über ein Angebot zum Erwerb aller Wertpapiere, die Gegenstand des Antrags sind, nach § 31 WpÜG veröffentlicht. Als Gegenleistung muss eine Geldleistung in Euro angeboten werden, die mindestens dem gewichteten durchschnittlichen inländischen Börsenkurs der Wertpapiere während der letzten sechs Monate vor der Veröffentlichung nach § 10 Abs. 1 S. 1 oder § 35 Abs. 1 S. 1 WpÜG entsprechen muss.

Hält die Mehrheitsaktionärin mindestens 75 % des stimmberechtigten Grundkapitals der Gesellschaft, kann diese Maßnahmen nach dem Umwandlungsgesetz (Verschmelzung, Spaltung, Vermögensübertragung, Formwechsel) durchführen, welche den Verlust der Börsenfähigkeit und damit den Wegfall der Börsennotierung zur Folge haben können (sogenanntes unechtes Delisting). Sollte die Börsenzulassung der Aktien der Gesellschaft im Wege eines unechten Delistings beendet werden, können die Minderheitsaktionäre kraft Gesetzes – außer im Falle einer Umwandlung in eine KGaA – gegen eine angemessene Barabfindung aus der Gesellschaft ausscheiden.

Anstelle eines vollständigen Delistings kann der Vorstand der Gesellschaft grundsätzlich jederzeit ein sogenanntes Downgrading vom regulierten Markt (General Standard) in ein Segment des Freiverkehrs, das niedrigere Transparenzanforderungen als der regulierte Markt hat, z.B. in den Entry Standard an der Frankfurter Wertpapierbörse oder den m:access an der Börse München, beschließen, ohne dass es hierfür nach der derzeit einschlägigen Rechtsprechung eines Beschlusses der Hauptversammlung oder eines Abfindungsangebots der Gesellschaft oder der Mehrheitsaktionärin bedarf. Aus Sicht der Gesellschaft kann ein solches Downgrading zu Kostenersparnissen führen; aus Sicht des Anlegers kann ein solches Downgrading aufgrund des Wegfalls einiger Transparenzvorschriften grundsätzlich zu einer verringerten Transparenz führen.



Die Mehrheitsaktionärin verfolgt nicht die Absicht, ein echtes oder unechtes Delisting zu veranlassen oder durchzuführen, ein Downgrading zu veranlassen, oder Maßnahmen zu ergreifen, die darauf gerichtet sind, die Einbeziehung in den Freiverkehr einer Börse zu beenden, ohne dass hierdurch die Möglichkeit derartiger Maßnahmen ausgeschlossen wird.

Desweiteren bestehen Kursrisiken aufgrund von Analysteneinschätzungen und sonstigen in Internetforen, Börsenbriefen oder sonstigen Medien geäußerten Meinungen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass aufgrund der Bestandsaufnahme der Risiken, der Einschätzung von deren Eintrittswahrscheinlichkeit und der Beurteilung der Wirksamkeit von Gegenmaßnahmen die Unternehmensführung der Ansicht ist, dass Risiken, die den Fortbestand der SPOBAG AG gefährden könnten, aus heutiger Sicht nicht bestehen.

3.1.3. Anlegerrechte im Zusammenhang mit Wertpapieren

Desweiteren stehen den Anlegern die mit den Wertpapieren verbundenen Rechte gem. § 5 Abs. 2a Nr. 2 WpPG zu. Dies sind insbesondere folgende Anlegerrechte:

- a) Recht auf Dividende,
- b) Teilnahmerecht an der Hauptversammlung,
- c) Stimmrecht auf der Hauptversammlung,
- d) Bezugsrecht auf neue Aktien,
- e) Auskunftsrecht in der Hauptversammlung i.S.d. § 131 AktG,
- f) Anteil am Liquidationserlös.

3.1.4. Allgemeine Bedingung und Kosten der Zulassung i.S.d. § 5 Abs. 2a Nr. 3 WpPG

Da es sich bei der Zulassung zum regulierten Markt der Frankfurter Börse nicht um ein Angebot i.S.d. § 5 Abs. 2a Nr. 3 WpPG handelt, ist auf die allgemeinen Bedingungen des Angebots nicht einzugehen. Insofern wird auf den Unternehmensbericht vom 1. Januar 2001 verwiesen. Dieser ist zu finden auf der Homepage der SPOBAG AG unter www.spobag.de.

Desweiteren entstehen für die Zulassung der SPOBAG AG zum regulierten Markt der Börse Frankfurt Kosten i.H.v. zirka 21.000 EUR. Diese Kosten werden aus dem Kassenbestand der Gesellschaft finanziert.



3.1.5. Einzelheiten der Zulassung zum Handel

Sämtliche Aktien der SPOBAG AG sind bereits im regulierten Markt der Börse Düsseldorf zum Handel zugelassen und werden dort unter der ISIN DE0005490601 / WKN 549060 gehandelt. Die Gesellschaft hat am 11. Februar 2016 die Zulassung der 500.000 bestehenden Aktien zum Handel im regulierten Markt der Frankfurter Wertpapierbörse (General Standard) beantragt. Auf die Entscheidung der Börse hat die Gesellschaft keinen Einfluss. Die Entscheidung der Frankfurter Wertpapierbörse hinsichtlich der Zulassung der bestehenden Aktien wird bis zum 15. Februar 2016 erwartet; sofern die Zulassung der bestehenden Aktien erfolgt, ist die Notierungsaufnahme für den 16. Februar 2016 vorgesehen.

Der Handel der Aktien der SPOBAG AG im regulierten Markt der Frankfurter Wertpapierbörse (General Standard) unterliegt den Vorschriften der Börsenordnung und anderen erlassenen Handelsregeln.

3.1.6. Gründe für die Zulassung und Verwendung der Erlöse i.S.d § 5 Abs. 2a Nr. 5 WpPG

Gründe für die Zulassung der SPOBAG AG zum regulierten Markt der Börse Frankfurt sind das internationale Renommee der Börse Frankfurt sowie die damit verbundene größere Transparenz für die Anleger. Die SPOBAG AG hat sich zum Ziel gesetzt, sich diesen internationalen Transparenzrichtlinien zu unterwerfen und damit einen größeren Marktwert für sich und die Anleger zu schaffen.

Es werden im Zusammenhang mit der Zulassung der SPOBAG AG zum regulierten Markt der Börse Frankfurt keine Erlöse erzielt, da durch die Zulassung keine neuen Aktien ausgegeben werden.

3.2. Finanzinformationen

Sämtliche Finanzberichte, die von der Gesellschaft entsprechend den für die Gesellschaft geltenden Publizitätsvorschriften offen gelegt werden (Zwischenberichte, Halbjahresberichte, Jahresabschlüsse), sind am Sitz der Gesellschaft in Düsseldorf (Königsallee 63-65, 40215 Düsseldorf) erhältlich. Die Finanzberichte können darüber hinaus auch im Internet unter www.spobag-ag.de eingesehen werden.



4. Organe

Organe der Gesellschaft sind Vorstand, Aufsichtsrat und Hauptversammlung.

Einziges Vorstandsmitglied ist Herr Sascha Magsamen.

Gemäß § 10 Abs. 1 der Satzung der Gesellschaft in der aktuellen Fassung vom 12. Januar 2015 besteht der Aufsichtsrat aus drei Mitgliedern, die von der Hauptversammlung gewählt werden. Der Aufsichtsrat setzt sich aus Herrn Oliver Würtenberger, Frau Karla Magsamen und Herrn Peter Magsamen zusammen.

5. Überblick über die Geschäftstätigkeit

Der derzeitige Unternehmensgegenstand der Gesellschaft besteht in (a) der Verwaltung eigenen Vermögens, (b) dem Vertrieb von Erzeugnissen, Ersatzteilen und Komponenten auf dem Gebiet des Freizeitsektors, (c) dem Angebot von Dienstleistungen für Installation, Reparatur und Wartung von Geräten aus dem Freizeitsektor, (d) dem Betrieb von Lagern und Reparaturwerkstätten zur Durchführung von (b) und (c). Die Gesellschaft betreibt derzeit kein operatives Geschäft, hält keine Beteiligungen und beschäftigt keine Mitarbeiter.

Die Gesellschaft beabsichtigt jedoch in naher Zukunft, die Geschäftstätigkeit wieder aufzunehmen. Zusätzlich zum oben beschriebenen Unternehmensgegenstand prüft die Gesellschaft derzeit, ob neue Geschäftsbereiche aufgebaut werden sollen. Folgende Geschäftsfelder könnten in dem zukünftigen operativen Geschäftsbetrieb aufgenommen werden: (a) Handel mit Rohstoffen, (b) Entwicklung und Betrieb von Maschinen, (c) Recycling von Abfällen, (e) Handel und Vertrieb von Rohstoffprodukten, (f) Umweltmanagement und Ingenieursdienstleistungen sowie (g) Verarbeitung von Rohstoffen und erneuerbaren Energien.

6. Angaben über das Kapital der Gesellschaft

6.1 Grundkapital

Die Gesellschaft ist mit einem ursprünglichen Grundkapital von EUR 409.200 entstanden. Durch Beschluss der Hauptversammlung am 2. Mai 2000, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Düsseldorf am 7. September 2000, wurde das Grundkapital der Gesellschaft um EUR 90.800 auf EUR 500.000 erhöht. Das



Grundkapital ist eingeteilt in 500.000 auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von EUR 1,- je Aktie. Sämtliche ausgegebenen 500.000 Aktien sind voll eingezahlt.

6.2 Genehmigtes Kapital

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 21. Dezember 2019 einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt EUR 250.000 gegen Bareinlagen durch Ausgabe von bis zu 250.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien zu erhöhen. Die neuen Aktien sind den Aktionären unmittelbar oder mittelbar gemäß § 186 Abs. 5 AktG zum Bezug anzubieten. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats den Ausgabebetrag der neuen Aktien sowie den weiteren Inhalt der Aktienrechte und die weiteren Bedingungen der Aktienausgabe festzulegen, insbesondere den Beginn der Gewinnberechtigung der neuen Aktien abweichend von § 60 Abs. 2 AktG festzusetzen.

6.3 Bedingtes Kapital

Bei der Gesellschaft besteht kein bedingtes Kapital.

7. Aktionärsstruktur

Der Gesellschaft sind derzeit die nachstehenden Personen bzw. Gesellschaften bekannt, die 3 % oder mehr der Stimmrechte an der Gesellschaft halten. Die Gesellschaft fällt in den Anwendungsbereich des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG), so dass die Aktionäre verpflichtet sind, der Gesellschaft das Erreichen, Über- oder Unterschreiten der dort genannten Schwellen mitzuteilen.

Aktionär	Anzahl Stimmrechte	% (ca.) Stimmrechte
1. LIVIA Corporate Development SE	374.211	74,84
2. Free Float *, aufgeteilt in:	125.789	25,16
a) Streubesitz	100.790	20,17
b) SPR Treuhand- und Beteiligungs-AG	24.999	4,99
Gesamtaktienanzahl	500.000	100

* Entsprechend der Free Float-Definition (Anteile mit <5% Stimmrechten)

8. Finanzinformationen der Gesellschaft

8.1 Ausgewählte Finanzinformationen aus den Jahresabschlüssen

8.1.1. Geschäftsjahr 2014

Im Geschäftsjahr 2014 erzielte die Gesellschaft ausweislich des Jahresabschlusses einen Jahresüberschuss in Höhe von EUR 23.871,69. Der Bilanzgewinn der Gesellschaft betrug insgesamt zum 31. Dezember 2014 EUR 55.072,77, welcher sich aus dem Jahresüberschuss 2014 in Höhe von EUR 23.871,69 und dem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr in Höhe von EUR 31.201,08 zusammensetzt. Die Bilanzposition „Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks“ betrug zum 31. Dezember 2014 EUR 102.390,00. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände beliefen sich auf EUR 7.331,46. Die Rückstellungen betragen zum 31. Dezember 2014 EUR 24.764,11.

8.1.2. Erste Hälfte des Geschäftsjahres 2015

In der ersten Hälfte des Geschäftsjahres 2015 erzielte die Gesellschaft ausweislich des Halbjahresfinanzberichts einen Fehlbetrag in Höhe von EUR 66.218,35:

Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum vom 01.01.2015 bis 30.06.2015

	Position	30.06.2015 Euro	30.06.2014 Euro
1.	Sonstige betriebliche Erträge	- 67.156,62	17.812,10
2.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-10.251,36	-37.349,53
3.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	37,14
4.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00
5.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-539,01	0,00

6.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-77.946,99	-19.500,29
7.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	11.728,64	0,00
8.	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-66.218,35	-19.500,29

Die Bilanzposition „Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks“ betrug zum 30. Juni 2015 EUR 108.734,99. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände beliefen sich auf EUR 6.168,34. Die Rückstellungen zum 30. Juni 2015 betragen EUR 12.080,00.



Bilanz zum 30. Juni 2015

Aktiva	30.06.2015 Euro	30.06.2014 Euro
A. Anlagevermögen		
I. Finanzanlagen	981.899,75	939.576,74
	981.899,75	939.576,74
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	6.168,34	36.139,58
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	108.734,99	156.293,95
	114.903,33	192.433,53
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.137,50	1.487,50
Bilanzsumme	1.097.940,58	1.133.497,77

Passiva	30.06.2015 Euro	30.06.2014 Euro
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	500.000,00	500.000,00
II. Kapitalrücklage	546.648,81	546.648,81
III. Gewinnrücklagen	45.000,00	45.000,00
IV. Bilanzgewinn	-5.788,23	11.700,79
	1.085.860,58	1.103.349,60
B. Rückstellungen	12.080,00	21.279,11
C. Verbindlichkeiten	0,00	8.869,06
Davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 1.000,00 Euro (Vj. 0,00 Euro)		
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	1.097.940,58	1.133.497,77

8.2 Abschlussprüfer

Die vorstehenden Informationen über die Gesellschaft beruhen auf dem am 24. September 2015 veröffentlichten Jahresabschluss der Gesellschaft erstellt durch Klar & Merkel Steuerberater für das Geschäftsjahr 2014, der am 13. Mai 2015 veröffentlichten Zwischenmitteilung nach § 37x WpHG für das 1. Quartal 2015, dem am 24. September 2015 veröffentlichten Halbjahresfinanzbericht zum 30. Juni 2015 sowie auf den Angaben auf der Internetseite der Gesellschaft (<http://www.spobag-ag.de>).

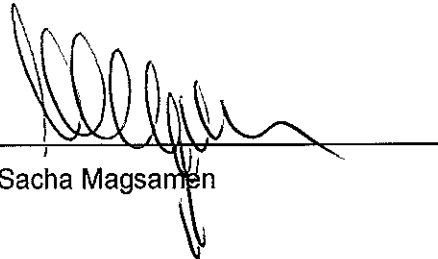
Weitere Informationen über die Gesellschaft sind auf der Website der Gesellschaft unter <http://www.spobag-ag.de> sowie in den auf dieser Website zur Verfügung stehenden Finanzberichten erhältlich.

9. Jüngste Geschäftsentwicklung und Geschäftsaussichten

Die Gesellschaft beabsichtigt, den Geschäftsbetrieb baldmöglichst wieder aufzunehmen. Insbesondere prüft die Gesellschaft derzeit den Aufbau neuer Geschäftsbereiche. Folgende Geschäftsfelder könnten in dem zukünftigen operativen Geschäftsbetrieb aufgenommen werden: (a) Handel mit Rohstoffen, (b) Entwicklung und Betrieb von Maschinen, (c) Recycling von Abfällen, (e) Handel und Vertrieb von Rohstoffprodukten, (f) Umweltmanagement und Ingenieursdienstleistungen sowie (g) Verarbeitung von Rohstoffen und erneuerbaren Energien.

Düsseldorf, den 11. Februar 2016

Der Vorstand



Sacha Magsamen